zwischen Berlin und Washington betonen, daß das Friedenshindernis nicht bei den Mittelmächten, sondern durchaus bei der Entente liegt.

Erheblich mehr als an dem unabhängigen Sieriana jedoch wird das deutsche Volk an der Frage interessiert sein, ob die internationale Friedensdebatte mit Erfolg weiterläuft. Soweit aus den vorliegenden Nachrichten zu ersehen ist, hat sich in London eine militärische Konferenz der Alliierten mit den neuesten Ereignissen beschäftigt. Als deren Ergebnisse seien innerhalb weniger Tage „Ereignisse von höchster Bedeutung für den Verband" zu erwarten. Was die deutsche Regierung anbelangt, so wird sie sich im Reichstag zur Wilsonnote äußern und im übrigen die Waffenstillstandsbedingungen abwarten müssen. In einer Beziehung wenigstens ist die Situation völlig klar: Wenn wir jetzt in den Waffenstillstand und in Friedensverhandlungen eintreten wollen, so sind die tatkräftigsten inneren Reformen, die vor persönlichen Rücksichten nicht Halt machen dürfen, unbedingt notwendig. Wenn aber der Entschluß gefaßt werden sollte, die Verteidigung fortzuführen, so wären weitere radikale Reformen erst recht notwendig. Es hat sich wahrlich sehr unglücklich getroffen, daß der neue Kriegsminister am Tage des Eintreffens der neuen amerikanischen Note ganz im Stil und Geist der alten Welt gesprochen hat. Das zeigt die ungeheure Schwierigkeit, die sich immer wieder aufreckenden Widerstände zu überwinden und aus den Reihen des alten Militärs und der alten Bureaukratie Männer ausfindig zu machen, die den Aufgaben der neuen Zeit gewachsen sind. Hier muß gründliche Auslese gehalten werden.

•

England zu sofortigen Friedensverhandlungen bereit?

Bern, 25. Oktober. Der Zürcher Morgenzeitung wird aus Bern gedrahtet: Wie in amerikanischen Kreisen behauptet wird, habe England dem Vertreter Amerikas gegenüber seine grundsätzliche Bereitschaft zu sofortigen Verhandlungen zwecks eines ehrlichen Friedens bereits ausgesprochen mit dem Vorbehalt, daß eine klare Auffassung der Dominions noch nicht vorliege.

•

Gemeinsame Konferenz der sozialistischen Parteileitung.

Genf, 25. Oktober. Am heutigen Donnerstag fand eine gemeinsame Konferenz der sozialistischen Parteileitung mit Vertretern der Gewerkschaften zur Abfassung eines an Frankreich zu richtenden Manifestes über die Friedensfrage statt. Das Manifest soll demnächst veröffentlicht werden und einen scharfen Protest gegen die Kriegsverlängerung enthalten.

Das neue ungarische Kabinett

Berlin, 24. Oktober. Wie die Vossische Zeitung hört, sind vorläufig die folgenden vier Minister als neugewählte Minister als sicher zu betrachten: Graf Michael Karolyi, Ministerpräsident, Dr. Oszkar Jaszi, ferner die Sozialisten Kunfi, Garaisszy. Graf Julius Andrassy ist zum Minister des Auswärtigen gewählt worden. Der Kaiser empfing den Grafen Karolyi, den er mit der Bildung eines Kabinetts beauftragte. Wekerles Entlassungsgesuch wurde angenommen.

Karolyi hat sich in letzter Zeit wiederholt als entschiedener Freund der Entente bekannt.

•

Die Ernährungsschwierigkeiten.

Wien, 24. Oktober. Dem Fremdenblatt zufolge begaben sich heute abend die Abgeordneten Renner, Schreiter, Friedmann, Fink, Dr. v. Langenhan und Baron Pantz im Auftrage des Vollzugsausschusses der deutschen Nationalversammlung nach Berlin, um dort bei den maßgebenden Stellen für die Ernährungsfrage vorzusprechen. Auf der Rückfahrt dürften sie auch Dresden berühren.

•

Andrassy Minister des Auswärtigen.

Budapest, 24. Oktober. Halbamtlich wird verlautbart: Ministerpräsident Wekerle zeigte in der heutigen Audienz die Dimission der gesamten Regierung an, die von dem Monarchen angenommen wurde. Der König betraute bis zur Ernennung einer neuen Regierung Wekerle mit der Führung der Geschäfte. Der König nahm die Dimission des Ministers des Äußern, Grafen Burian, an und ernannte an seiner Stelle den Grafen Julius Andrassy.

•

Unruhen in Fiume.

Die nähere Veranlassung zu der plötzlichen Wendung der Dinge in Ungarn haben u. a. Vorgänge in Fiume gegeben, über die bekannt wird, daß das kroatische 79. Infanterie-Regiment revoltiert habe, die Tabakwaffe besetzte, in das Gerichtsgebäude eindrang und den Fiumer Leiter der Staatsanwaltschaft, Balint, gefangen nahm. Sodann wurden die Gefängnisse geöffnet und die Sträflinge befreit. Bei den Straßenkämpfen mit der Polizei wurden zwei Polizisten von Kroaten gefangen und angeblich zu Tode gepeinigt. Sodann wurde der Bahnhof besetzt und die Eisenbahnschienen bei Dehnice aufgerissen.

Halbamtlich wird aus Fiume gemeldet: Die Ordnung in der Stadt ist vollkommen wieder hergestellt. Ungarische Truppen sind in die Stadt eingezogen, die die Aufrührer vollkommen hinausdrängten.

Nationale Verteidigung oder Unterwerfung?

Auf diese Formel bringt die deutsche Presse von rechts nach links ihre Kommentare zur Wilsonnote. Die konservativen Blätter fordern die nationale Verteidigung und erheben diese Forderung abgestuft vom schroffen Verlangen, diese „unfruchtbare Aussprache" abzubrechen und bis zum letzten Mann zu kämpfen, bis zur vorsichtig formulierten Mahnung, die Verhandlungen nicht verschleppen zu lassen und auf klare Bekanntgabe der gegnerischen Bedingungen zu dringen. Auch die liberale Presse faßt die Note als Ausdruck brutaler Gewalthaberkaktik auf, bezweifelt aber, daß die nationale Verteidigung die schwierige Lage Deutschlands auch nur erleichtern würde. Noch bestimmter für die Fortsetzung der Verhandlungen tritt die führende Zentrumspresse ein, der diese Note günstiger als die zweite Antwort Wilsons erscheint und die in ihr ein grundsätzliches Entgegenkommen erkennt.

Die Auffassung der Regierung erfährt in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung folgende vorläufige Formulierung:

Wilson überläßt es den politischen und militärischen Ratgebern der Westmächte, seinen Anregungen Folge zu geben, wobei man jedoch annehmen kann, daß seine Stimme gehört werden wird, wenn er es wünscht. Deutschland erwartet also die Mitteilung, unter welchen Bedingungen die Feinde einen Waffenstillstand mit ihm schließen wollen, und ob sie bereit sind, in Friedensverhandlungen auf dem Boden des Wilsonschen Programms einzutreten. Die Sorge aller Völker müßte es sein, zunächst den mörderischen Krieg zu beenden und dann das übrige im Geiste der Gerechtigkeit zu erledigen, so wie es Präsident Wilson fordert. Der Aussprache über die innerdeutschen Angelegenheiten wird sich Deutschland nicht zu entziehen brauchen, wenn Wilson bereit ist, auch in dieser Frage einem seiner vornehmsten Prinzipe, das des Selbstbestimmungsrechts der Völker, zu wahren.

Der Vorwärts schreibt: Indes wir im eigenen Hause Ordnung schaffen, erwarten wir die Bekanntgabe der Bedingungen für den Waffenstillstand und haben noch einen kurzen Augenblick Zeit, zu überlegen, was in dieser Lage das Interesse unsres Volkes erheischt. Für heute mag soviel gesagt werden, daß uns die Bedingungen des Waffenstillstandes weniger Kopfzerbrechen verursachen würden, wenn wir die Bedingungen kennen würden, unter denen der Friede zustande kommen soll.

Ein neues polnisches Ministerium.

Warschau, 24. Oktober. Das neue Kabinett wurde gestern gebildet. Es zählt 14 Mitglieder. Das Portefeuille für Finanzen sowie die Posten der Minister ohne Portefeuille für Galizien und Posen sind noch nicht vergeben. Als Kriegsminister ist Pilsudski vorgesehen. Aus dem alten Kabinett bleiben Justizminister Olgersberger und Unterrichtsminister Pomikowski, die aber im Przegląd-Poranny ausdrücklich als reine Fachmänner erklärt werden. Es haben übernommen: den Vorsitz Swierzynski, Aeußeres Lombinski (Galizier), Inneres Chrzanowski, Landwirtschaft Ladislaw Grabski, Handel und Industrie Wierzbicki, Arbeit und soziale Fürsorge Wolozynski, Verkehr Poszkowski, Ernährungswesen Minkiewicz. Die neuen Minister sind ihrer Parteizugehörigkeit nach größtenteils Nationaldemokraten und Mitglieder des interpartheilichen Klubs, also der politischen Gruppe, deren Haltung im Staatsrate in inner- und außerpolitischen Fragen oft in schärfster Opposition gegen die damalige Regierung und ihr Programm stand. Der Landwirtschaftsminister Grabski ist der erst jüngst freigelassene ehemalige Vorsitzende des zentralpolnischen Bürgerkomitees in Petersburg, der im April nach Warschau zurückkehrte und im Mai aber wegen seiner nationaldemokratischen Agitation interniert werden mußte.

Die fortschrittliche Przegląd-Poranny tritt der neuen Regierung sehr kritisch entgegen. Das Blatt macht auf die allgemeine Anregung und das Mißtrauen aufmerksam, das die polnische Gesellschaft der Nationaldemokratie entgegenbringe. Die Nationaldemokratie vermochte nicht sämtliche Kräfte der Gesellschaft um sich zu scharen. Ihr hänge ihre ganze Vergangenheit an. Es könne selbstverständlich niemand dadurch irregeführt werden, daß die Ministerliste den Namen Pilsudski enthalte. Solange dieser nicht hier sei und man seinen Entschluß nicht kenne, könne er auf die Richtung des Kabinetts keinen Einfluß haben. Das Blatt fordert die sofortige Einberufung der Konstituante, wofür die Regierung sich mit aller Kraft einsetzen müsse, andernfalls sollte sie gestürzt werden. Man dürfe sich nicht hinsehen, daß die künstliche Wiedergeburt Polens durch äußere Kräfte ohne unsre Mitwirkung und ohne einen von uns ausgetragenen energischen Kampf vollzogen werden konnte.

Warschau, 24. Oktober. Den Blättern zufolge benachrichtigte der Delegierte des k. u. k. Ministeriums des Aeußern Graf Prinzen Janus Radziwill durch ein Schreiben vom 21. Oktober, daß die österreichisch-ungarische Regierung auf das für sich nach dem Patent vom 12. September zustehende Recht der Bestätigung des polnischen Premierministers verzichtet. Przegląd-Wieczorne betont im Zusammenhang damit, daß Swierzynski der erste polnische Premierminister sei, der keiner Bestätigung durch die Okkupationsbehörden bedürfe. Polen sei ein souveräner Staat, dessen Unabhängigkeit allen kriegführenden und neutralen Staaten angezeigt wurde. Die Tatsache, daß Truppen im Lande seien und eine Okkupationsverwaltung bestehe, sei eine Folge des Krieges, die die Souveränität nicht aufhebe. Der Premierminister eines souveränen Staates bedürfe keiner Bestätigung durch fremde Regierungen.

Schwankende Neugestaltung in Sachsen.

Sicherung der Errungenschaften.

n. Gestern fand zu einer längeren Besprechung der Aeltestenvertreter der Mehrheitsparteien und dem Grafen Vitzthum wie dem Ministerialdirektor Dr. Schmitt gekommen, der mit der Ausarbeitung der Wahlrechtsvorlage beauftragt ist und wohl auch sonst als rechte Hand des Grafen Vitzthum an der inneren Neugestaltung mitarbeiten soll. Ueber die Beratungen, an denen die konservative Fraktion nicht beteiligt war, wird folgendes mitgeteilt: Graf Vitzthum hielt einleitend eine Ansprache an die Vertreter der Mehrheitsparteien, in der er die Absicht der Regierung kundgab, einen erweiterten Staatsrat zu bilden, der die Fragen der Neuordnung in Sachsen vorbereiten soll. In Aussicht sind genommen die Bildung eines Arbeitsministeriums, eines Verkehrsministeriums, ferner eine Loslösung der Unterrichtsverwaltung vom Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts. Der Staatsrat soll sich schlüssig werden über die Besetzung der neuen Ministerien und ihre Gliederung, ferner über die Ueberleitung der Geschäfte in diese, sowie über etwaige damit im Zusammenhang stehende Verfassungsänderungen. Nach Erledigung seiner Aufgabe soll sich der Staatsrat wieder auflösen. Wie verlautet, wurde über alle diese Fragen in der gestrigen Sitzung ein Einvernehmen der Regierung mit den Führern der Mehrheitsparteien erzielt. Die Bildung des Staatsrats soll noch vor Zusammentritt des Landtags erfolgen.

Ueber die Besetzung der einzelnen Ministerien sind bestimmte Vorschläge noch nicht vereinbart worden. Die von der Regierung in Aussicht genommenen Ministerkandidaten sollen erst noch den Mehrheitsfraktionen unterbreitet werden, um zu ermitteln, ob ein Einverständnis zu erzielen ist. Im übrigen ist noch alles im Stadium des Werdens, bei dem auch einzelnes, das bestimmt geplant war, wieder ins Schwanken kommt. So soll auch das Arbeitsministerium wieder in das Stadium des Unbestimmten gerückt sein.

Für die Besetzung der einzelnen Ministerstellen sind, wie schon angedeutet, einige Personen vorläufig in Aussicht genommen. In Betracht kommen vorläufig Ministerialdirektor Dr. Koch für das Ministerium des Innern, für das Unterrichtsministerium v. Nostitz, der frühere Amtshauptmann des Pirnaer Bezirks, für die Finanzen die Ministerialdirektoren Dr. Schröder und Just. Von andrer Seite wird der stellvertretende Generaldirektor der Staatseisenbahnen Dr. Mettig als Verkehrsminister genannt. Das ist alles noch sehr unbestimmt und hängt noch von der Entscheidung der Mehrheitsparteien ab. Es kann aber jetzt schon gesagt werden: wenn diese Herren endgültig erwählt und Graf Vitzthum Ministerpräsident würde, dann hätten wir wohl neue Minister, aber keine freiheitliche Regierung. Eine solche aber ist unbedingt erforderlich, wenn eine freiheitliche Neugestaltung durchgeführt werden soll.

Dem Vernehmen nach ist ferner geplant, die aus Ressortministern zusammengesetzte Regierung durch einige den Landtagsmitgliedern entnommene Minister ohne Portefeuille zu ergänzen, die Landtagsabgeordnete bleiben sollen, während den ordentlichen Ministern nach wie vor die Ausübung eines Landtagsmandats versagt bleiben soll. Auch von dieser Maßnahme ist für die freiheitliche Neugestaltung nicht viel zu erwarten, zumal wenn zu den drei vorläufig in Aussicht genommenen Herren auch die Konservativen einen stellen, wie es wohl geplant ist. Jedenfalls wäre eine solche Regierung weit davon entfernt, eine einheitliche Front für eine freiheitliche Erneuerung zu bilden, ja in dieser hätten die Freunde wahrhaft freiheitlicher Reformen nicht einmal die Mehrheit. Reformieren könnte man ja mit einer solchen Regierung schon, aber man frage nur nicht wie.

Doch kommt es jetzt weniger auf die Personen als darauf an, den Einfluß der Volksvertretung, also der Zweiten Kammer, auf die Zusammensetzung der Regierung sicherzustellen, um so das demokratische Regime dauernd zu verankern. Das wird ohne Verfassungsänderungen nicht zu erreichen sein. Ist der entscheidende Einfluß des Landtags aber gewährleistet, dann ist, welche Männer auch jetzt aus den schwankenden Neugestaltungsbestrebungen hervorgehen mögen, immer die Möglichkeit gegeben, sie zu Fall zu bringen und durch andre zu ersetzen, wenn sie sich Beschlüssen der Landtagsmehrheit widersetzen. Unterbleibt aber die Sicherung des entscheidenden Einflusses der Volksvertretung, dann ist zu befürchten, daß die jetzige Neugestaltung eine vorübergehende Erscheinung bleibt. Selbst dann, wenn wirklich demokratisch gerichtete Minister in der Regierung bestimmend wirken könnten, hätte die Krone so immer das Recht, diese Minister wieder zu entlassen, wenn ihr deren Auftreten unbequem werden sollte.

Allerdings kann eingewandt werden, daß eine solche Rückwärtsrevidierung auch ohne verfassungsmäßige Sicherungen unmöglich sein würde, wenn der Landtag eine entschieden liberale oder demokratische Mehrheit aufwiese. Das ist zuzugeben, aber in Sachsen ist, solange die Wahlrechtsreform in der Schwebe ist, eine solche Mehrheit noch nicht gesichert. Wäre sie es aber durch ein gerechtes Landtagswahlrecht, dann bleibt es noch fraglich, ob sich eine solche Mehrheit auch ungehindert durchsetzen kann. Dafür ist aber so lange keine Gewähr gegeben, als der reaktionäre Einfluß der Ersten Kammer noch besteht. Inwieweit es gelingt, diesen zu beseitigen oder auch nur einzuschränken, das ist noch sehr ungewiß.

Unter solchen Umständen halten wir einen durch eine Ergänzung der Verfassung gesicherten maßgebenden Einfluß der Zweiten Kammer auf die Zusammensetzung der Regierung für unbedingt erforderlich. Mit Rücksicht darauf sei wiederholt daran erinnert, daß jetzt ein im Verfassungsausschuß der Zweiten Kammer gestellter sozialdemokratischer Antrag wieder aktuelle Bedeutung erhält, wonach Minister nur mit Zustimmung des Präsidiums der Zweiten Kammer entlassen und berufen werden dürfen und die Verfassung an einer geeigneten Stelle dahin abgeändert werden soll. Natürlich sind auch andre Sicherungen möglich. Man könnte daran denken, gesetzlich festzulegen, daß ein Minister seinen Posten verlassen muß, wenn der Landtag (die Zweite Kammer) ein Mißtrauensvotum gegen ihn beschlossen hat. Auf diese Weise könnte man auch eine Verfassungsänderung umgehen. Welchen Weg man auch beschreiten möge, wir sind bereit, ihn mitzugehen, nur muß er den Zweck erfüllen, die erforderliche Sicherung zu schaffen, die besonders in Sachsen erforderlich ist, wenn wir die Neugestaltung nicht auf den Sand freiheitlicher Neigungen vorübergehender Art bauen sollen.

Deutsches Reich.

Die Erhöhung der Soldatenlöhnung.

Der Militärausschuß des Reichstags befaßte sich am Donnerstag mit der Anträgen auf Erhöhung der Soldatenlöhnung. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hatte einen Antrag eingebracht, der den Reichskanzler ersucht, darauf hinzuwirken, daß

a) die Löhnung für alle Mannschaften mit Wirkung vom 1. Oktober 1918 an verdoppelt, die Löhnung der Unteroffiziere und Beamtenstellvertreter um 50 Prozent erhöht wird;

b) eine Aufbesserung der Bezüge der immobilen Subalternoffiziere erwogen wird;

c) die Offiziersküchen verboten werden.

Die Konservativen hatten es vorgezogen, der Sitzung fernzubleiben. Sie hielten es also gar nicht für nötig, das Wort zur Begründung ihres Antrags zu nehmen, so daß man ernstlich daran zweifeln kann, daß der Antrag überhaupt ernst gemeint war. Zunächst gab der Reichsschatzsekretär Graf Roedern Auskunft über den finanziellen Effekt der Anträge. Diese Mitteilungen waren zum Teil vertraulicher Art. Der sozialdemokratische Antrag begründete dann Abg. Stücklen mit dem Hinweis darauf, daß die seither vorgenommenen Löhnungserhöhungen in keiner Weise als zureichend angesehen werden können. Davon dürfe keine Rede sein, etwa an den Soldaten Sparsamkeit üben zu wollen. Der vom Schatzsekretär gemachte Vorschlag, die Familienunterstützung weiter zu erhöhen, sei natürlich annehmbar, aber man müsse dann die Reichsunterstützung erhöhen, es nicht aber in das Belieben der Gemeinden stellen, ob sie auf Rechnung des Reiches eine Zulage geben wollen oder nicht. Redner erörterte dann die Klagen der Soldaten über die Verpflegung und empfahl schließlich die Annahme des sozialdemokratischen Antrags. — Abg. Wirth (Zentr.) erkannte die Berechtigung der sozialdemokratischen Ausführungen an, die vor dem Abg. Davidsohn noch trefflich unterstrichen wurden. Auch Abg. Pfeffer (U. Soz.) äußerte sich ähnlich. Aus den Ausführungen des Regierungsvertreter ging hervor, daß in den nächsten Tagen eine Aufbesserung mindestens der kämpfenden Truppen ein-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19181025/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG